IMPRESSUM: Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: Plattform „Wir haben es satt“. wir-haben-es-satt.at, c/o IG-Milch, Ewald Grünzweil, Hauptplatz 5, 4190 Bad Leonfelden. Redaktion: Irmi Salzer, Simone Peter, Markus Meister. Layout & Druck: Druckerei Bad Leonfelden GmbH, Fotos: FIAN; ÖBV, Creative Commons, Sónia Melo, Meilinger. Die „BauernPost“ ist ein Informationsblatt für interessierte Bäuerinnen und Bauern. Sie versteht sich als unabhängig und überparteilich.

Aus dem Inhalt: Agrarwende 2016 ein voller Erfolg • Leitbild Agrarökologie setzt sich durch • Bio-Landwirtschaft weiter auf dem Vormarsch • Saatgutgenossenschaft „SamenFeste“ in Lustenau gegründet • Von der Sojawüste in die Ernährungsoase • Schlachten mit Würde • Zuchtziel neu definiert • Die Zeit des Wettrüstens ist vorbei • ESL-Milchproduktion eingestellt • Verzicht auf fossile Energie • Milchkrise 2015 als Chance genützt • Neue Agrar- und Lebensmittelpolitik der EU • Zahl der Höfe wächst weiter

Ausgabe 01 • Februar 2020
Herausgegeben im Februar 2016

ÖSTERREICHISCHE
BauernPost
DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Agrarwende 2016 – ein voller Erfolg

Anfang 2016 kam es zu einer grundlegenden Kehrtwende in der österreichischen Agrarpolitik. Die sich vertiefende Krise forderte Bäuerinnen und Bauern heraus neue Lösungsansätze zu suchen. Dies war der Anstoß für eine unerwartete Transformation des gesamten Agrar- und Lebensmittelsektors. Heute, vier Jahre später, möchten wir auf die Entwicklungen seitdem zurückblicken und die Konsequenzen der Agrarwende analysieren.

Hier einige der Meilensteine, die Teil und Folge der kompletten Neuorientierung in der Agrar- und Ernährungspolitik waren:

8. – 12. Februar 2016:
Im Rahmen der Wintertagung des Ökosozialen Forums unter dem Titel „Billig gibt‘s nicht. Irgendwer zahlt immer (drauf)!“ kristallisiert sich die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende im Agrarbereich heraus. Erste politische und wirtschaftliche Alternativen werden ernsthaft diskutiert.

5. April 2016:
Kurswechsel in der europäischen Biotreibstoffpolitik, weg von Importen von Biotreibstoffen hin zu einer lokalen Versorgung und Recycling.

17. April 2016:
Am Tag des kleinbäuerlichen Widerstands solidarisieren sich BauernvertreterInnen österreichweit mit den Kämpfen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Nach den geforderten Landwirtschaftskammerneuwahlen erklären die neuen VertreterInnen, dass zukünftige Aktivitäten sich an den Realitäten von kleinen und mittleren ProduzentInnen und deren Bedürfnissen orientieren werden, um dem Höfesterben in Österreich endlich Einhalt zu gebieten und die klein strukturierte, diversifizierte Landwirtschaft in Österreich neu erblühen zu lassen. Dieses Statement wird in der Bauernschaft trotz vereinzelter Verwunderung sehr positiv aufgenommen.

30. April 2016:
Verabschiedung des Milchmanifests mit dem 10-Punkteplan, der ein klares Bekenntnis zur kleinstrukturierten österreichischen Landwirtschaft und deren Zukunft enthält.

3. November 2016:
Die EU-Kommission und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erklären die TTIP-Verhandlungen für gescheitert aufgrund der mangelnden zivilgesellschaftlichen Unterstützung.

19. November 2016
Nach langen Diskussionen und schwerer Überzeugungsarbeit der Plattform „Stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld der Nutztiere“ wird in Österreich schließlich das Schlachten mit Würde möglich.

1. Dezember 2016:
Nach langer Diskussion werden partizipative Garantiesysteme anderen Bio- und Fairtradesiegeln rechtlich gleichgestellt. In den folgenden Monaten kommt es regelrecht zu einem Boom in diesem Bereich.

1. Februar 2017:
Die neue staatlich geförderte Hofbörse nimmt ihre Arbeit auf. Das Maßnahmenpaket zur außerfamiliären Hofübergabe tritt am selben Tag in Kraft.

10. Mai 2017:
Verabschiedung des „Aktionsplans zur Regionalisierung der Supermärkte“.

1. Juni 2017:
Gründung der WTO-NEW auf Initiative der G20 mit der Beteiligung von 150 Staaten sowie großen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Verhandlungen für eine Neuausrichtung in der globalen Handelspolitik beginnen im September des gleichen Jahres.

30. September 2017:
Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU als Folge der Evaluierung der bisherigen Ergebnisse und auf Basis des „Aktionsplans Ernährungssouveränität 2030“. Neuausrichtung der europäischen Förderstruktur, ÖPUL wird in Österreich durch ÖPAL , das Programm für eine agrarökologische Landwirtschaft, ersetzt.

15. März 2018:
Im Rahmen der Neuausrichtung der österreichischen Agrarpolitik wird eine Umbenennung des vormaligen Lebensministeriums in Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft (BMBZ) beschlossen. Der Vorschlag stößt auf große Begeisterung bei allen BauernvertreterInnen. Verabschiedung des „Österreichischen Leitbilds für eine neue Agrar- und Lebensmittelpolitik der EU“, das vom Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft (BMBZ) in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wie den Mitgliedern der „Wir haben es satt“-Plattform erstellt wurde.

12. – 16. September 2018:
Auf der Rieder Messe wird der „Tierzuchtpakt 2020 neu“ mit neuen Zuchtzielen orientiert am Tierwohl unterzeichnet.

10. Jänner 2019:
Auf Druck der Öffentlichkeit und der Gewerkschaften kommt es zur Abschaffung des Kontingents für billige Saisonkräfte im Erntebereich.

4. Februar 2019:
Der österreichische Lebensmittelmarkt wird jetzt mehrheitlich von regionalen DirektvermarkterInnen und regionalen Genossenschaften dominiert. Der Aktionsplan zur Regionalisierung ist somit ein voller Erfolg.

17. November 2019:
Das neue Fünfjahresprogramm für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2019 – 2024 wird vorgestellt. Neu ist die Orientierung an den Menschenrechten, die in Zusammenarbeit mit dem neu eingerichteten interministeriellen Gremium sichergestellt werden soll.

10. Dezember 2019:
Am Tag der Menschenrechte wird in Österreich das Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren des UN-Sozialpakts ratifiziert. Erstmals haben Betroffene von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, international rechtliche Schritte gegen diese Verstöße zu unternehmen.

25. Jänner 2020:
Beschluss des Abschlussdokuments der WTO-NEW zu einer Neuordnung der Welthandelspolitik mit dem Ziel, Landwirtschaft und Ernährung weltweit mit politischen Maßnahmen zu sichern.

sp

2015 konnte die „Wir haben es satt“-Plattform nur von der Umsetzung ihrer Forderungen träumen, heute sind wir ihrer Realisierung einige Riesenschritte näher (s. Text).

Leitbild Agrarökologie setzt sich durch

Die im Zuge des Midterm Review der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU 2017 ausgearbeitete Neuausrichtung der europäischen Förderstruktur sowie das neu implementierte österreichische Programmes für eine agrarökologische Landwirtschaft (ÖPAL) und damit der Nachfolger des österreichischen Programm für eine umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) können bereits jetzt als großer Erfolg gefeiert werden.

Insbesondere die Neuausrichtung des agrarischen Fokus weg von der Weltmarktfixierung und Exportorientierung hin zur Versorgung der regionalen Bevölkerung mit qualitativ hochwertig und fair produzierten Lebensmitteln, festgehalten im „Aktionsplan Ernährungssouveränität 2030“, der von ExpertInnen des Bundesministeriums für eine bäuerliche Zukunft in Kooperation mit zentralen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen erstellt wurde, machte viele der Maßnahmen erst möglich.

Das österreichische Programm für eine agrarökologische Landwirtschaft ist eine Erfolgsgeschichte.

Glyphosateinsatz um 70 % reduziert

Das heißumstrittene, generelle Glyphosatverbot, welches nach mehrjähriger Übergangsperiode ab 2020 in der ganzen EU gelten wird, zeigt bereits jetzt Wirkung. Nicht zuletzt das Top Up bei den Direktzahlungen bei freiwilligem Verzicht, veranlasst viele Bauern und Bäuerinnen bereits zu einem frühzeitigen Verzicht. Die ökonomischen Einbußen aufgrund geringerer Erträge in den ersten Jahren werden durch diese Fördergelder adäquat abgefedert. Die vielprognostizierte Apokalypse der Landwirtschaft blieb auch aufgrund der Erweiterung des pflanzenbaulichen Bildungsangebots zu agrarökologischen Themen wie Fruchtfolge, Bodengesundheit und Biodiversitätsmaßnahmen aus. Durch Anwendungsreduktion des Total-Herbizids konnte bereits jetzt eine Verbesserung der Trinkwasserqualität festgestellt werden. Vor allem in intensiven Ackerbauregionen wie dem Marchfeld in der Nähe Wiens gab es einen signifikanten Rückgang der Glyphosatbelastung.

Mineraldünger wird zur Ausnahme auf dem Acker

Bereits jetzt verzichtet der Großteil der Betriebe (90 %) auf die Ausbringung von Mineraldünger und setzt stattdessen auf Diversifizierung und Fruchtfolge. Aufgrund des fehlenden Wirtschaftsdüngers (Gülle, Mist) stellt dieser Umstieg insbesondere für reine Ackerbaubetriebe eine große Herausforderung dar. Die freiwillige Maßnahme „Mineraldüngerverzicht“ aus dem ÖPAL trägt sicher die Hauptverantwortung für diese Entwicklungen, denn ohne die zusätzlichen Fördergelder hätten viele Betriebe den Umstieg nicht gewagt. Gerade der Aufbau der Bodenfruchtbarkeit und die damit verbundene Fähigkeit des Bodens, ausreichend pflanzenverfügbare Nährstoffe zur Verfügung zu stellen, braucht seine Zeit. Bei der Nitratbelastung des Trinkwassers hingegen konnten auch schon kurzfristig Verbesserungen festgestellt werden.

Fruchtfolge und Bodenfruchtbarkeit gegen Bodenerosion

Durch die Abkehr von großflächigen Monokulturen und die verbesserte Bodenfruchtbarkeit wird auch der Bodenerosion und der Nährstoffauswaschung ein Riegel vorgeschoben. Gerade die vorgeschriebenen Winterbegrünungsmaßnahmen bewähren sich besonders. Aber auch die neu eingeführten Obergrenzen beim höchstzulässigen Gewicht der landwirtschaftlichen Technik, vor einigen Jahren undenkbar, sowie bodenschonendere Bodenbearbeitungsmaßnahmen wirken sich bereits jetzt äußerst positiv aus. Bodenverdichtung und damit einhergehende Überschwemmungen und Verschlämmungen bei Regengüssen sind rückläufig. Diese Reduktion begünstigt wiederum eine Steigerung der Bodenfruchtbarkeit.

Pflanzenbau-Forschung

Die ersten Ergebnisse im Bereich Pflanzenzüchtung und -bau brauchen noch Zeit, aber durch die Neuausrichtung der Zuchtziele beobachten wir deutliche Änderungen. Die schrittweise Abkehr von Hybridsaatgut und der Umstieg auf samenfeste Sorten erhöhen die Vielfalt.

Fazit und Ausblick

Der Umbau hin zu einem agrarökologischen Modell der Landwirtschaft schreitet schnellen Schrittes voran. Zu den GewinnerInnen zählen neben Umwelt, Tier und Klima auch die Bauern und Bäuerinnen. Die Umgestaltung der Förderpolitik, wie die Reduzierung der Investitionsförderung zugunsten des ÖPALs hat den Bauern und Bäuerinnen diesen Umstieg auch ökonomisch schmackhaft gemacht. Der eingeschlagene Weg muss aber konsequent weitergegangen werden. So gibt es beispielsweise bei der biologischen Landwirtschaft noch Luft nach oben.

rl

Bio-Landwirtschaft weiter auf dem Vormarsch

Eine weitere Vorgabe des unter tatkräftiger Mithilfe der „Wir haben es satt“-Plattform 2016 erarbeiteten und 2017 in Kraft getretenen „Aktionsplan Ernährungssouveränität 2030“ kann als voller Erfolg bewertet werden. Dem Ziel, die Interessen der Bevölkerung und nicht das Profitinteresse von Konzernen ins Zentrum unseres Lebensmittel- und Agrarsystems zu stellen, wird nicht zuletzt durch den enormen Ausbau der Biologischen Landwirtschaft Rechnung getragen.

Wurden 2016 gerade einmal 16 % aller österreichischen Bauernhöfe und 20 % der landwirtschaftlichen Flächen in Österreich biologisch bewirtschaftet, haben sich diese Zahlen bis zum heutigen Tag mehr als verdoppelt. Laut den neuesten Zahlen des Bundesministeriums für eine bäuerliche Zukunft (BMBZ) führen 52 % der INVEKOS Betriebe (55 % der Fläche) ihre Höfe biologisch. Laut Erhebungen werden in den kommenden 2 Jahren weitere 30 % der Betriebe auf Bio umsteigen.

Maßgeblich für diese Entwicklung verantwortlich ist ein Mix aus umfassender Öffentlichkeitsarbeit und veränderten Rahmenbedingungen. Die breit angelegte Aufklärungskampagne für die gesamte Bevölkerung verließ dabei die ausgetretenen Pfade der kommerziellen Public Relations und beschritt mit auf lokaler Ebene (Gemeinde, „Grätzl“, usw.) einberufenen BürgerInnenversammlungen neue Wege. Dabei wurde ohne Kompromisse die Realität der „modernen“ Landwirtschaft (Massentierhaltung, Monokulturen, Gentechnik, Herbizid- und Pestizideinsatz, Energie- und Ressourcenverbrauch, usw.) dargestellt und mit den Chancen der biologischen, kreislauforientierten Landwirtschaft kontrastiert. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln konnte innerhalb kürzester Zeit gesteigert werden.

Das in früheren Jahren ständig ins Feld geführte Argument, dass Biolebensmittel preislich nicht mit konventioneller Massenware konkurrieren können, ist nun endgültig widerlegt. Durch die Internalisierung der externen Kosten der konventionellen Produktion (Umweltschäden, usw.) haben Bioprodukte trotz „fairer“ kostendeckender Preise für die Bauern und Bäuerinnen auch preislich mehr und mehr die Nase vorne. Die veränderten Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel massiv aufgestockte Biozuschüsse, 5-fache Niederlassungsprämie für ÜbernehmerInnen beim Umstieg auf Bio und Annäherung der generellen Produktionsweise durch das Leitbild Agrarökologie, schaffen zusätzliche ökonomische Anreize bzw. ist der Umstieg oft kein gravierender Schritt mehr.

Auch die Nachverhandlungen der Bioverordnung 2016 brachten gravierende Erneuerungen. So wurde die intensive Zufuhr von Ressourcen und damit Energie von außen in der biologischen Landwirtschaft stark begrenzt und die Kreislaufwirtschaft zur obersten Maxime erklärt. Dadurch und durch die generelle Abkehr von der Exportorientierung kam es zur Fokussierung auf regionale Märkte. Von dieser Entwicklung profitierte auch das Handwerk im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft stark. Die dadurch entstandene positive ökonomische Bilanz, gerade im ländlichen Raum, trug ebenfalls zu einer gewaltigen Imageaufbesserung und dem anhaltenden Bio-Boom bei.

Eine flächendeckende biologische Landwirtschaft, im „Aktionsplan Ernährungssouveränität 2030“ als Ziel festgehalten, scheint greifbarer denn je.

lr

Saatgutgenossenschaft „SamenFeste“ in Lustenau gegründet

Als bereits vierzigste regionale Saatgutgenossenschaft eröffnete die „SamenFeste“ Anfang Jänner ihre Pforten. GemüsebäuerInnen und GärtnerInnen in der Region haben sich zusammengeschlossen, um regional angepasste samenfeste Sorten zu vermehren, weiterzuentwickeln und neu zu züchten. Die hohe Nachfrage nach Gemüsesaatgut in der Region hatte einen solchen Schritt fast unabdingbar erscheinen lassen.

Seitdem das Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft (BMBZ) Saatgutgenossenschaften und kleine Saatgutunternehmen mit bis zu 50 MitarbeiterInnen, die auf die Züchtung von Hybridsaatgut verzichten, sowohl bei ihrer Gründung als auch beim laufenden Betrieb finanziell unterstützt, kam es zu einem Gründungsboom in allen Regionen Österreichs. Das BMBZ argumentiert, dass Züchtungsarbeit und die Erhaltung sowie die Weiterentwicklung von regionalen Sorten insbesondere für den Bioanbau ein gesellschaftliches Interesse seien und eine Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen darstellen. 2015 hatte es in Österreich mit der Firma ReinSaat nur ein Pionierunternehmen gegeben, das sich der Züchtung von ausschließlich samenfesten Sorten für den Biolandbau verschrieben hatte. Der Verein Arche Noah, die Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt & ihre Entwicklung begrüßt in einer Presseaussendung die Gründung von „SamenFeste“ und betont, dass der Siegeszug von samenfesten Sorten eine höchst notwendige und für die Zukunft der Landwirtschaft wesentliche Entwicklung darstelle.

is

Von der Sojawüste in die Ernährungsoase

Soja war noch vor einigen Jahren das Exportprodukt Nummer eins für uns in Brasilien. Vor allem die EU und China haben ihren scheinbar unstillbaren Hunger nach Fleisch meist über den Umweg von Eiweißfuttermitteln für die Tierzucht aus Lateinamerika gestillt. Noch 2015 hat die Sojaanbaufläche in Brasilien rund 32 Millionen Hektar betragen und wurde bis zu diesem Zeitpunkt jährlich ausgeweitet.

Etwa 90 Prozent der europäischen Soja-Importe waren für die Tierhaltung bestimmt. Die Bohne wurde als Futtermittel an Schweine, Rinder und Hühner verfüttert, die Auswirkungen des Fleischhungers haben wir BrasilianerInnen und hier vor allem wir Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Indigenen gespürt. Der Bedarf an Land war groß, wir wurden immer weiter von unseren Ländereien vertrieben. Wenn wir nicht freiwillig gingen, dann wurden wir mit Gewalt dazu gezwungen. Auch mit Ermordungen musste dabei gerechnet werden. Oft wurden wir KleinbäuerInnen und Indigenen regelrecht von den Sojaplantagen der Großgrundbesitzer eingezwängt und haben auch die Auswirkungen des industriellen Sojaanbaus am eigenen Leib erfahren. Flugzeuge, die Pestizide auch auf unsere Felder versprühten, verdorrte Pflanzen aufgrund von Unkrautvernichtungsmitteln, verseuchtes Trinkwasser, Hauterkrankungen und eine steigende Krebsrate. Brasilien war weltweit führend beim Einsatz von – teilweise in Europa verbotenen – Pestiziden. Und letztendlich haben die europäischen KonsumentInnen meist mit Gensoja produziertes Fleisch gegessen und dies nicht einmal gewusst.

2016 kam dann der Umschwung, sowohl in Brasilien als auch in Europa. In Brasilien wurde das Soja-Moratorium nicht nur verlängert, sondern die Abholzung des Regenwaldes gestoppt und auch rigoros überwacht. Auch kam es zu einer Umkehr von der reinen Exportorientierung hin zu Ernährungssouveränität in Brasilien, was auch uns Kleinbauern und -bäuerinnen wie auch der indigenen Bevölkerung endlich wieder die Möglichkeit gab, auf unserem Land gesunde nachhaltige Lebensmittel für die BrasilianerInnen aber dennoch auch für den Export anzubauen. Und es kam auch zu einer Landreform, die die ungerechte Landverteilung in Brasilien beendete.

Letztendlich haben in Europa sowohl Politik, Handel, Bäuerinnen und Bauern als auch die KonsumentInnen erkannt, dass die damalige Ernährungsweise nicht nachhaltig war. Maximal 20 Kilo Fleisch pro Jahr und Person statt der damaligen rund 70 Kilo stehen heute auf dem Programm. Im österreichischen Handel gibt es keine Lockangebote mit Fleisch mehr, der Fleischpreis hat sich in Ländern wie Österreich enorm erhöht. Das ermöglicht es der bäuerlichen Bevölkerung, von ihrer Produktion zu leben. Nachdem die Politik dazu übergegangen ist, kleinbäuerliche Strukturen zu fördern, die nachhaltig, tiergerecht und vorwiegend mit regionalen Futtermitteln produzieren, hat auch das Bauernsterben in Europa endlich ein Ende gefunden. Und mit weniger, aber hochwertigem Fleisch, sind auch die KonsumentInnen Gewinner des Wandels.

Es schien unvorstellbar, aber endlich hat sich unser Landwirtschaftssystem hin zu Ernährungssouveränität weiterentwickelt und bietet der bäuerlichen Bevölkerung die Möglichkeit, von ihrer Produktion zu leben und gesunde Lebensmittel für die Bevölkerung zu produzieren, in Brasilien wie auch im fernen Europa.

Häuptling Bonifacio
aus Pakurity, Mato Grosso du Sul

zs

Schlachten mit Würde

Was vor einigen Jahren noch Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen war und die Gemüter erhitzte, ist seit 2016 legal und daher immer öfter geübte Praxis – dass Tiere im gewohnten Lebensumfeld stressfrei und unter Beachtung ihrer Würde geschlachtet werden.

Engagierte Bauern und Bäuerinnen und insbesondere die Direktvermarktungsgruppe der ÖBV hatten sich in den Jahren zuvor intensiv für die Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld der Nutztiere eingesetzt. Die BäuerInnen wollten Tiere, die sie auf ihren Höfen großziehen, auch legal in deren vertrauten Lebensumfeld, ohne Lebendtransport, schlachten können. Das was heute selbstverständlich erscheint – dass das Tier dort, wo es lebt (im Stall, im Auslauf, auf der Weide), betäubt und entblutet und im Anschluss zum Zerlegen in einen zertifizierten Schlachtraum verbracht wird, war vor 2016 nicht erlaubt. Trotz der vielen Argumente für diese Art der Schlachtung – sie erspart dem Tier den Stress durch Abtrennen von der Herde, Transport und ungewohnte Umgebung, die Fleischqualität ist besser und die BäuerInnen entgehen der Gefahr von gestressten Rindern verletzt zu werden – hatten Landesveterinärbehörden, das Gesundheitsministerium und die Interessensvertretung der BäuerInnen lange die Meinung vertreten, dass die EU-Gesetzgebung eine solche Form der Schlachtung verbiete.

Bizarrerweise war die Schlachtung auf der Weide in einem anderen EU-Land, nämlich in Deutschland, auch schon vor 2016 möglich. Der Landwirt Hermann Maier und der Verein Uria (www.uria.de) aus Baden-Württemberg (Deutschland), hatten bereits seit 2001 über die Genehmigung zur Weideschlachtung verfügt. Hermann Maier benutzte dazu die „Mobile Schlachtbox“ (MSB), die eigens für die stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld entwickelt wurde. Er hatte immer wieder darauf hingewiesen, dass die EU-Hygieneverordnung auch für mobile Schlachteinheiten gilt und dass es daher keiner zusätzlichen nationalen Ausnahmeregeln bedürfe. Dass die EU-Hygieneverordnung in der ganzen EU gilt, also eigentlich auch in Österreich, wollten die österreichischen Behörden als Argument nicht akzeptieren.

Um auch in Österreich stressfreie Schlachtungen zu ermöglichen, hatte die ÖBV in Kooperation mit anderen bäuerlichen Interessensvertretungen und Bioverbänden wie Erde & Saat, Bio Austria, Demeterbund und Freilandverband die Plattform „Stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld der Nutztiere“ gegründet. Ihr Hauptanliegen war es, Rechtssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern zu schaffen, welche ihre Tiere stressfrei am eigenen Hof, auf der Weide, im Auslauf etc., schlachten möchten.

Säumnisbeschwerde und Selbstanzeige als Mittel zum Zweck

Ein Pilotprojekt der österreichischen Firma Zotter Schokoladen Manufaktur in Riegersburg wurde von den österreichischen Behörden lange Zeit blockiert. Im September 2014 hatte Zotter bei den steirischen Landesbehörden um Genehmigung einer mobilen Schlachtbox angesucht. Doch die Behörde stellte keinen Bescheid aus, weder einen negativen, noch einen positiven. Die Firma Zotter reichte deshalb eine Säumnisbeschwerde ein. Parallel dazu begannen betroffene BäuerInnen, Selbstanzeigen einzubringen. Beim darauf folgenden Weg durch die Instanzen wurde klar – es lag keine plausible und juristisch stichfeste Begründung vor, warum in Österreich Mobile Schlachtboxen nicht auf Basis der EU-Hygieneverordnung zugelassen werden konnten. Vielmehr zeigte sich, dass die Argumentation der zuständigen Behörden auf einem politischen Hintergrund beruht hatte. Die Auslastung der großen Schlachthöfe war nicht nur den Betreibern derselben ein – nachvollziehbares – Anliegen, sondern auch der Interessensvertretung der Bauern und Bäuerinnen. Anstatt sich für die Zukunftsperspektiven der direktvermarktenden Bäuerinnen und Bauern einzusetzen, war die industrielle Fleischverarbeitung im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden.

Während BäuerInnen also durch den Weg durch die Instanzen auf die Problematik aufmerksam machten, entwickelte sich parallel dazu ein „Aufstand der EsserInnen“. Immer mehr Menschen interessierten sich dafür, wie die Tiere gehalten und insbesondere, wie die Tiere geschlachtet wurden, deren Fleisch sie essen. Dass ein Großteil der Schlachttiere lebend transportiert und in großen Schlachthäusern am Fließband getötet wurde, war lange Zeit tabuisiert worden und sorgte für immer größeren Widerstand. Billigfleisch wurde boykottiert, Lebendtiertransporte durch Blockaden verhindert und Demos organisiert. In den Social Media kam es zu wütenden Protesten gegen die Praktiken der Schlachthöfe und die in den Augen vieler, einseitige Politik der Interessensvertretung.

Die moralische Unterstützung und konkrete (auch finanzielle) Solidarisierung von zahlreichen Menschen und Organisationen, die Vernetzung von BäuerInnen, KonsumentInnen, Tierschutzorganisationen, handwerklichen FleischverarbeiterInnen und WissenschaftlerInnen hatten den Druck auf die zuständigen Behörden und die Interessenvertretung so weit erhöht, dass ein Kurswechsel vorgenommen werden musste: Von einem „lästigen“ Anliegen einer „Randgruppe“ rückte das Thema „Stressfreie Schlachtung“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Interessensvertretung, Landesveterinärbehörden, das Gesundheitsministerium und die Fleischerinnung suchten das Gespräch mit der Plattform „Stressfreie Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld der Nutztiere“ und erarbeiteten gemeinsam eine konstruktive Lösung.

Wie bei vielen anderen Themen in der bäuerlichen Produktion, hat sich auch bei der Schlachtung im gewohnten Lebensumfeld gezeigt, dass es nicht die EINE Methode, nicht den EINEN Weg gibt, der für alle passt. Jeder Hof erarbeitet eine eigene, an die eigenen Möglichkeiten angepasste Vorgangsweise. Einige BäuerInnen haben in Kooperation mit BerufskollegInnen eine Mobile Schlachtbox oder einen T-Trailer von Lea Trampenau erworben. Doch dies ist nicht die einzige legale Möglichkeit. Mittlerweile haben die Veterinärbehörden eingestanden, dass auch mit weitaus weniger technischem und finanziellem Aufwand eine hygienisch einwandfreie Schlachtung und ein hygienisch und seuchenschutztechnisch einwandfreier Transport zum Zerlegeraum zu bewerkstelligen ist. Das Gesundheitsministerium hat eindeutige gesetzliche Grundlagen geschaffen, welche die Unsicherheiten der AmtstierärztInnen beseitigt haben.

Schon bald waren die ersten Erfolge zu verzeichnen – es kam zu weniger Unfällen bei der Verladung des Viehs und einem drastischen Rückgang der Lebendtiertransporte. DirektvermarkterInnen und handwerkliche Fleischverarbeitungsbetriebe konnten ihre Umsätze steigern, weil das hochqualitative Fleisch aus der stressfreien Schlachtung besonders begehrt ist. Zudem sind die bäuerlichen Schlacht- und Zerlegeräume weitaus besser ausgelastet. Tierschutzorganisationen, die betroffenen BäuerInnen und auch die KonsumentInnen bezeichnen die „Stressfreie Schlachtung“ als Erfolgsstory auf allen Ebenen.

si

Zuchtziel neu definiert – Abkehr von der Hochleistungszucht eine Erfolgsgeschichte

Im Rahmen der Rieder Messe 2018 unterzeichneten ZAR-Obmann Anton Wagner und die Obmänner der Tierzucht-Dachverbände mit Bundesminister Andrä Rupprechter und Landesrat Max Hiegelsberger den „Tierzuchtpakt 2020 neu“.

Schon 2016 wurde ja ein „Tierzuchtpakt 2020“ unterzeichnet. Diesem Pakt fehlte aber die notwendige Neuausrichtung auf mehr Tierwohl. Aufgrund des großen Drucks der Gesellschaft, angeführt von der „Wir haben es satt“-Plattform, wurde der Weg bereitet für deutlich tiergerechtere Zuchtziele, speziell bei den Milchkühen.

Die Züchtung auf Laktationshöchstleistungen wurde in den vergangenen Jahren immer problematischer. Es wurde damit die Produktion gesteigert, was zu Überschüssen und zu Preisverfall bei Milch führte. Der Drang den Kühen immer höhere Leistungen abzuringen, führte nicht nur zu gesundheitlichen Problemen bei Tier und Mensch, sondern auch dazu, dass die Kuh zur Klimabelastung wurde. Die zur Leistungsmaximierung notwendige Erhöhung der Nährstoffkonzentration im Futter verdrängte das Gras aus der Ration, verhinderte den so wichtigen Weidegang und verursachte Klauenprobleme. Weiters führte dieser Hochleistungswahn zu mehr Futterimporten und damit verbunden zur Landenteignung auf anderen Kontinenten. Gemeinsam mit Fachleuten aus Landwirtschaft und Veterinärwesen wurden deshalb genetische Milchleistungsobergrenzen, je nach Tierrasse, in Jahresmilch-kg definiert. Ist die Leistung höher, wird diese nicht mehr ausgewiesen, der Zuchtwert steigt nur mehr mit einer verlängerten Nutzungsdauer und einer höheren Anzahl von Abkalbungen. Weidegang und wiederkäuergerechte Fütterungsstandards rundeten die Neuausrichtung höchst positiv ab.

Da fast 50 % des gesamten landwirtschaftlichen Produktionswertes auf die tierische Erzeugung entfallen, die somit den wichtigsten Sektor innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion darstellt, war dieser Schritt unumgänglich. Dank gebührt den Obmännern der Tierzuchtorganisationen, den zuständigen AnsprechpartnerInnen im Landwirtschaftsministerium und den gesetzlichen Interessensvertretungen für die konstruktive Zusammenarbeit und Konsensfähigkeit aller VerhandlungspartnerInnen. Spät, aber doch wurde die dringende Notwendigkeit zum Umdenken erkannt. Die tiergerechte Haltung, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Milchviehbetriebe, Tierwohl und die Weiterentwicklung der Qualitätsstandards im Sinne von Nachhaltigkeit standen im Mittelpunkt dieser Initiative.

ge

Die Zeit des Wettrüstens ist vorbei

Im Jahr 1939 gab es gerade einmal 7.000 Traktoren in Österreich. Bis 1964 wurden 45.000 Steyr-Traktoren verkauft. Ab 1950 wurden mit Nordafrika und dem Iran blendende Geschäfte gemacht, sodass die Exporte um vierzig Prozent stiegen. Ab Anfang der 1960er Jahre erleichterte der erste Ladewagen namens „Hamster“ das mühsame Heueinbringen. Die Technisierung der Landwirtschaft wurde Anfang der Sechzigerjahre als „Betriebsvereinfachung“ verkauft, die „die Rüst-, Wege- und Verlustzeiten senkt und damit die produktivere Zeit erhöht“. Im Bauernbundkalender 1962 schrieb Prof. Dr. Ludwig Löhr in einem Aufsatz, der Vorteil von Vollmechanisierung sei die „geistige Entlastung des Betriebsführers“. Noch vorhandene Pferde sollten abgeschafft werden, wegen „hoher Fixkosten und ungenügender Auslastung“. Dass anstelle der Ochsen und Pferde der Traktor die Ackerfurche dominierte, dafür sorgte die Wiener Regierung: Sie ermöglichte den Bauern, ihre Träume vom Traktor über großzügige Agrarinvestitions- und Agrarsonderkredite zu erfüllen. Übrigens: Auch im Krisenjahr 2008 verzeichnete Steyr als führende Marke ein Umsatzplus: 6.897 neu zugelassene Traktoren (+ 2,8 Prozent zum Vorjahr).

Immer größer und stärker wurden die Traktoren.

Maschine macht mobil

Der Traktor mobilisierte das Volk am Land: Als Alltagsvehikel zur Raiffeisenkassa im Dorf, als geschmückter Zugwagen beim Erntedankfest oder mit gesperrtem viertem Gang zum „Fuhrwerk“ heruntertypisiert. Sonntags wurde mit dem Traktor zur Kirche gefahren. Aber mit steigender Mechanisierung der Betriebe brachten sich Familienbetriebe um ihre Existenz – die kleinen zuerst. Der Arbeitskräfteabbau war massiv. Von 1961 bis 1993 ging der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung von 22,8 auf 6,7 Prozent zurück.

Lange war der „15er“ auf den Feldern zu sehen, jetzt nur mehr bei Oldtimertreffen.

Das Stadium „Arbeitserleichterung durch Technik“ hatte die Landwirtschaft bald hinter sich gelassen. Nun ging es um die möglichst vollständige Imitation eines Büroarbeitsplatzes, sauber, kontrollierbar, modern. Technik bedeutete Moderne. Technik bedeutete Fortschritt. Diese Gleichungen, ja Verheißungen, hatten sich ins Denken der Bauern (und ein wenig auch der Bäuerinnen) eingegraben, oder wurden eingegraben von Schulen, Universitäten, BeraterInnen und in verstärktem Ausmaß auch von den Agrarmedien. Gab es ein Problem, dann fand sich dafür eine technische Lösung. Daran glaubten die Bauern, und dieser Glaube war unerschütterlich. Betriebe mussten wachsen, um nicht weichen zu müssen – also musste ein größerer Traktor her, ein größerer Milchtank, ein größeres Güllefass. Und ein Computer. Ein Melkroboter. Und Agrodiesel der 2. Generation. Alles, nur nicht altmodisch, nur nicht dreckig, nur keine Handarbeit – und wenn es gar nicht ohne Handarbeit ging, dann sollten sie bitte andere machen.

Aber die Verheißungen der Moderne schafften neue Schwierigkeiten und Abhängigkeiten. Um den größeren Traktor als der Nachbar anzuschaffen, musste man sich verschulden. Insbesondere die NebenerwerbsbäuerInnen investierten ihr Geld aus dem Nebenerwerb in immer leistungsfähigere Maschinen, damit sie am Wochenende, wenn sie zu Hause waren, die Arbeit schnell erledigen konnten – und wirtschafteten somit völlig unökonomisch. Den Melkroboter und den mit allen technischen Raffinessen ausgestatteten 300-PS-Traktor konnte niemand mehr selbst reparieren. Machte der Computer Mätzchen, war die Tomatenproduzentin hilflos, denn die Zufuhr der Nährlösung, die Wasserversorgung und die Temperatursteuerung im vollklimatisierten Gewächshaus lagen nicht mehr in ihrer Hand. Statt Zeitersparnis brachten die hochkomplexen Geräte oft Mehraufwand, mussten sie doch dauernd gewartet und upgedated werden und etwaige Fehler waren sogar für ExpertInnen schwer auszulesen.

Eine Trendumkehr zeichnet sich ab

Durch die vielfältigen Paradigmenwechsel, die mit der Agrarwende 2016 eingeläutet wurden, konnten die oben genannten Abhängigkeiten endlich offen angesprochen und enttabuisiert werden. Das landwirtschaftliche Beratungswesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die Universitäten begannen die zunehmende Technikabhängigkeit der Landwirtschaft zu thematisieren. Die Devise lautete bald: So wenig wie möglich, so viel wie nötig. Dementsprechend gelten nun Betriebe, die auf gemeinschaftliche Nutzung setzen, eine möglichst lange Nutzungsdauer ihres Maschinenparks vorweisen können und auf angepasste Technologien bauen, als Vorzeigehöfe. Landtechnikunternehmen entwickelten wieder Geräte, die einfach zu warten und zu reparieren sind und bieten z.B. Reparaturworkshops an. Der Renner sind zudem Maschinen, die wenig Treibstoff brauchen – der ja, wie im Kapitel Energie beschrieben, samt und sonders entweder aus Altspeisefetten gewonnen wird oder aus Pflanzenöl besteht.

Auch die politischen Rahmenbedingungen weisen in Richtung angepasste Technologien statt Technikgläubigkeit. Investitionsförderungen für Maschinen gibt es seit 2017 nur mehr, wenn sie von mehreren Betrieben oder Genossenschaften angeschafft werden. Zudem muss ein möglichst niedriger Treibstoffverbrauch und eine vom Hersteller garantierte mindestens 15-jährige Lebensdauer nachgewiesen werden. Auch wird überprüft, ob die Größe bzw. Leistungsfähigkeit des Geräts an die zu bewirtschaftende Fläche angepasst ist. Gleichzeitig gibt es Förderungen und ein neu entwickeltes Schulungsangebot für Betriebe, die wieder mit Zugtieren arbeiten wollen. Das Bundesministerium für eine bäuerliche Zukunft (BMBZ) schreibt zudem seit 2017 einen gutdotierten und äußerst begehrten Preis für jenen Bezirk aus, in dem am wenigsten Traktoren neu gekauft werden. Dies hat den Markt für Gebrauchttraktoren und insbesondere die Reparaturgenossenschaften, die in einigen Regionen gegründet wurden, beflügelt.

Auch Handarbeit wieder eine Alternative

Nachdem in der Landwirtschaft nun faire Löhne bezahlt werden müssen, die Bäuerinnen und Bauern aber gleichzeitig durch angemessene Preise und die Kopplung der Förderungen an die Arbeitskraft ein höheres Einkommen erzielen, wird die lange verpönte und schlechtangesehene Handarbeit wieder attraktiv. Viele Betriebe ziehen es vor, hochmotivierte und gut geschulte ArbeiterInnen zu bezahlen, anstatt in teure Maschinen zu investieren.

In einer Umfrage 2019 erklärten 87 % der befragten Bäuerinnen und Bauern, dass sie „große Erleichterung“ verspüren, weil das Wettrüsten in der Landwirtschaft beendet werden konnte. 79 % erklärten zudem, dass der Verzicht auf den Einsatz teurer und leistungsstarker Maschinen ihnen ökonomische Vorteile brächte, sie aber gleichzeitig keinen erhöhten Arbeitsaufwand zu leisten hätten. Dass die Technik in der Landwirtschaft wieder als Mittel zum Zweck und nicht als Ziel per se definiert werde, bejahten über 90 % der Befragten.

is

ESL-Milchproduktion eingestellt

Seit dem Beginn dieses Jahrtausends wurde die sogenannte ESL-Milch in den meisten Supermärkten als eine Alternative zu pasteurisierter Frischmilch und H-Milch angeboten. Die Abkürzung ESL steht für „extended shelf life“ = längere Haltbarkeit im Regal. ESL-Milch, -Schlagobers und andere ESL-Milchprodukte erlebten einen wahren Siegeszug – immer mehr Supermärkte boten kaum mehr Frischmilch an. KritikerInnen argumentierten schon bald, dass es mit der ESL-Milch nur darum gehe, das wertvolle Lebensmittel Milch leichter handelbar zu machen. Hatte die Einführung der Pasteurisierung der Milch noch den volkswirtschaftlichen Sinn gehabt, die Verbreitung der Tuberkulose zu unterbinden, so ging es mit der neu entwickelten Methode nur noch um Bequemlichkeit und Geschäft. Molkereien und Handelsketten hielten dem entgegen, dass viele VerbraucherInnen eine längere Haltbarkeit als Vorteil sehen und deshalb bevorzugt zur ESL-Milch greifen.

Nach der Übernahme der Handelsketten durch regionale Genossenschaften (siehe Rubrik Markt) entschieden letztere auf Wunsch von ErnährungsberaterInnen, ESL-Milchprodukte nicht mehr zu listen. Der zügig umgesetzte Beschluss ließ die Produktion zunehmend unwirtschaftlich erscheinen, da nur mehr wenige Gastronomiebetriebe ESL-Produkte nachfragten. Ende 2019 stellte auch die letzte österreichische Molkerei die Produktion von ESL-Milch ein. is

Immer mehr Schülerinnen beschäftigen sich mit Agrar-Technik

Die Bemühungen zur Neudefinition der Rolle von Technologien in der Landwirtschaft haben die Barrieren, mit denen Frauen noch bis vor wenigen Jahren konfrontiert waren, abgebaut. In einer Umfrage meinten 71 % der Schülerinnen in den land- und forstwirtschaftlichen Schulen, dass sie sich „sehr gerne“ bzw. „gerne“ mit Technologien in der Landwirtschaft beschäftigen. Die Expertin Sylvia Koller konstatiert, dass die mit dem Forschungsschwerpunkt 2017 begonnene Erforschung zu Technikfolgen in der Landwirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für das gestiegene Interesse der Schülerinnen darstellte. „Wichtig war dabei, zu reflektieren, welche Bedeutung Technik in der landwirtschaftlichen Produktion hat und wie Technik den Alltag von Bäuerinnen und Bauern auf welche Weise beeinflusst. Die Bevorzugung bestimmter Technologien – und die entsprechende Abwertung und Verwerfung anderer Technologieentwürfe – ist immer durch gesellschaftliche Machtverhältnisse und Hierarchien zu erklären. Die Genderperspektive konnte den Blick dafür schärfen, wo und mit welchen Mitteln die Technikgestaltung für Männer und Frauen entscheidend verbessert werden kann. Dies hat den Frauen den Weg geebnet, im Bereich Technik auf Augenhöhe mit ihren männlichen Kollegen zu lernen, zu forschen und zu arbeiten.“

si

Eine Landwirtschaft, die auf fossile Energie verzichtet. Und zwar ganz.

Heute, etwa vier Jahre nach dem Kurswechsel der Europäischen Union in Sachen Biotreibstoffe, stehen wir in Österreich kurz vor dem Erreichen einer 100 %igen Versorgung mit biogenen Treibstoffen innerhalb der Landwirtschaft. Während damals zahlreiche PolitikerInnen – zu Unrecht – behaupteten, dass die noch 2015 praktizierte Beimengung von Biotreibstoffen im Verkehrsbereich im Sinne der heimischen Landwirtschaft sei, ist es jetzt wirklich so, dass österreichische Bauern und Bäuerinnen profitieren.

Noch 2015 haben wir in Österreich dem Diesel mehr Palmöl aus den Tropen als heimischen Raps beigemengt und damit getankt. Letztendlich hat aber auch die Politik erkannt, dass es im Verkehrsbereich andere – echte Lösungen für das Energie- und Klimaproblem braucht.

Altspeiseöle und Tierfette werden nun ausschließlich zu Biodiesel für die heimische Landwirtschaft umgewandelt. Durch kluges Sammelmanagement konnten wir die Menge von 60.000 Tonnen (2013) auf nun 90.000 Tonnen erhöhen. Damit decken wir bereits knapp die Hälfte des Dieselverbrauchs der österreichischen Landwirtschaft. Die andere Hälfte erzeugen wir Bauern und Bäuerinnen nun direkt selbst. Mit Pflanzenölen, und zusätzlich verfüttern wir den Presskuchen an Tiere. Gleichzeitig mit dem Umdenken in der Energiepolitik haben wir auch in anderen Bereichen umgedacht und mit dem Anbau von Ölsaaten auch die Fruchtfolge forciert und damit gesündere Böden. Ein weiterer positiver Aspekt ist der verringerte Importbedarf von Soja aus Übersee. 2011 haben wir vom für den Treibstoffbedarf erzeugten Pflanzenöl nur knapp 7 % in der Landwirtschaft eingesetzt, jetzt erzeugt ein beträchtlicher Teil der Betriebe selbst Pflanzenöl. Gepresst wird in vielen – genossenschaftlich organisierten – Ölpressen. Viel Geld, das sonst ins Ausland abgeflossen wäre, bleibt dadurch den Bauern und Bäuerinnen.

Während 2015 noch rund 500.000 Tonnen „Biodiesel“ im Verkehr verbraucht wurden, brauchen wir nun nur noch 200.000 Tonnen, die aber ausschließlich in der Landwirtschaft. Der Flächendruck hat sich dadurch erheblich verringert – in Österreich und auch weltweit gesehen.

Die Autoerzeuger wurden letztendlich, mitunter auch aufgrund des VW-Skandals 2015/2016, dazu gezwungen, dass wirklich energieeffiziente Fahrzeuge gebaut werden. E-Mobilität wurde vor allem im öffentlichen Verkehr forciert. An Tempo 100 auf Autobahnen müssen wir uns jedoch noch gewöhnen, aber auch das schaffen wir. mm

INTERVIEW

Interview mit Maria Francisca L., einer der ehemaligen Betroffenen des Agrotreibstoffbooms in Europa. Sie lebt in Sirinhaim im Nordosten Brasiliens, im Bundesstaat Pernambuco, einem ehemaligen Hauptanbaugebiet von Zuckerrohr in Brasilien. Vor dem Beginn des Zuckeranbaus war das Gebiet Teil der Mata Atlántica, des atlantischen Regenwaldes. Bis 2015 war von diesem Regenwald wenig übrig, genauso wenig wie von den Mangrovenwäldern, die sich einst vom Atlantik bis zum Regenwald erstreckten. Und von den vielen kleinen Dörfern mit Kleinbäuerinnen und -bauern, die für ihre Familien Grundnahrungsmittel sowie ein paar Produkte für den Verkauf angebaut haben, ebenso wenig. Erst danach hat sich vieles verändert.

Bauernpost: ***„Frau L., wie hat Ihr Leben vor 2015 ausgesehen?“***
Maria Francisca L.: „Nachdem ich auf dem Stück Land geboren wurde, auf dem ich auch noch heute lebe, habe ich einige Änderungen mitverfolgt. Nach einer friedlichen Zeit, in der wir auf unserem Feld alles Notwendige für das Leben wie auch den Verkauf angebaut haben (Maniok, Bohnen und Bananen, Papayas, Mangos und Orangen) und ein paar Tiere gehalten haben, kam der Sojaboom und damit eine Zeit der verbrannten Erde.“

Bauernpost: ***„Sie wurden vom Großgrundbesitzer bedroht.“***
Maria Francisca L.: „Ja, begonnen hat es mit relativ ‚harmlosen‘ Drohungen, dass wir verschwinden sollen. Dann wurde mein Haus abgebrannt und wir haben all unsere Habseligkeiten verloren. Mir wurde eine Pistole von Mitarbeitern des Großgrundbesitzers an den Kopf gehalten und gesagt, dass meine Kinder nicht mehr aus der Schule nach Hause kommen würden. Nachdem ich mich geweigert habe zu gehen und diese Maßnahmen nicht gefruchtet haben, wurden wir systematisch immer wieder bedroht und unsere Felder mit Pestiziden besprüht, die auch auf den Zuckerrohrplantagen eingesetzt wurden. Die Pflanzen sind entweder gestorben oder wir haben uns auch nicht mehr getraut, die Nahrungsmittel zu essen, da wir wussten, wie giftig die Pestizide waren. Die nahen Mangrovenwälder waren verseucht, sodass es auch keine Fische mehr in diesen Gewässern gab.

Bauernpost: ***„Und dann“?***
Maria Francisca L. „Es kam das Ende des Agrotreibstoffbooms in Europa, und die längst erhofften strengen Umwelt- und arbeitsrechtlichen Gesetze in Brasilien wurden verabschiedet. Der Mindestlohn wurde soweit angehoben, dass es sich vor allem in Pernambuco, wo der Zuckeranbau ja noch händisch funktioniert, weil die hügelige Lage keine Maschinen zulässt, für die Zuckerbarone einfach nicht mehr ausgezahlt hat. Die Einhaltung von Umweltzonen wurde rigoros überprüft. Und damit hat sich die Region wieder grundlegend verändert. Die Großgrundbesitzer haben das Land wieder an die Kleinbauern zurückgegeben und mit der Landreform wurden sie auch teilweise enteignet. Jetzt werden wieder Grundnahrungsmittel angebaut, Wälder aufgeforstet und wir haben uns zu einer beliebten Touristenregion entwickelt, die Nähe zum Meer, die schöne Landschaft und das wiederentdeckte Kunsthandwerk ziehen Gäste von nah und fern an.“

Bauernpost: ***„Danke für das Gespräch.“***

zs

Klimawandel gestoppt

Landwirtschaft leistet ihren Beitrag und profitiert von Trendwende

Wenn Bäuerinnen und Bauern am Anfang des Jahres 2016 mit Sorgenfalten auf der Stirn in die Zukunft schauten, hatte das unter anderem auch mit einem Thema zu tun, das damals in aller Munde war: der Klimawandel. Und zu Recht, denn es ist wohl kaum ein anderer Sektor so abhängig vom Klima wie die Landwirtschaft. Bis zu 80 Prozent der Erträge sind direkt vom Wetter abhängig.

Den meisten war wohl auch noch der Hitzesommer von 2015 mit seinen vielerorts über 40 Hitzetagen und teilweise heftigen Hagelereignissen in lebhafter Erinnerung. Schätzungen gingen damals von 100 Millionen Euro Dürreschäden und weiteren 30 Millionen Euro Schäden durch Hagelereignisse aus.

Somit war es für die Landwirtschaft gar von existenzieller Bedeutung, dass der Klimawandel gestoppt wird.

Gleichzeitig mussten sich Landwirtschaft und auch Lebensmitteleinzelhandel den Vorwurf gefallen lassen, Mitverursacherinnen des Klimawandels zu sein. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ging davon aus, dass die landwirtschaftliche Tierhaltung allein weltweit mindestens so viele Treibhausgase verursacht wie alle Autos, Züge, Schiffe und Flugzeuge zusammen. Gleichzeitig wurden von Landwirtschaft über Handel bis hin zu Konsumentinnen und Konsumenten ein Drittel der Nahrungsmittel weggeworfen. Verschwendete Lebensmittel waren für 3,3 Milliarden Tonnen an Treibhausgasen pro Jahr verantwortlich. Nur China und die USA stießen damals jährlich mehr aus.

Die Probleme lagen damit klar auf dem Tisch und doch hätte wohl kaum jemand zu träumen gewagt, was wir seit dem gemeinsam erreicht haben.

Frei nach dem Motto „Billig gibt's nicht“ wurden Umwelt-, Qualitäts- und Tierschutzstandards konsequent erhöht und gleichzeitig der österreichische Markt mit einer Steuer auf mit niedrigeren Standards produzierte Produkten vor Billigimporten geschützt.

Fleisch kostet die Konsumentin und den Konsumenten im Jahr 2020 mehr, dafür sind die Erzeugnisse von höchster Qualität, besser für Umwelt und Klima und mit hohen Tierschutzstandards hergestellt, während Bäuerinnen und Bauern endlich wieder gut von dem leben können, was sie produzieren.

Die Österreicherinnen und Österreicher essen heute aufgrund des höheren Preises auch deutlich weniger Fleisch und dafür mehr lokales und regionales Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte – davon profitiert neben dem Klima auch die persönliche Gesundheit.

Auch Futtermittel kommen inzwischen zum überwiegenden Teil aus Europa, was ebenfalls ein wichtiger Beitrag ist.

Dank erfolgreicher gemeinsamer Initiativen von Landwirtschaft, Handel und Politik konnte auch die Menge von Lebensmittelabfällen drastisch reduziert werden und kaum eine Kartoffel oder Karotte bleibt mehr am Feld, weil sie nicht optischen normierten Ansprüchen des Handels genügt.

Vier Jahre, nachdem wir gemeinsam die Agrarwende eingeläutet haben, feiern wir also auch gemeinsam die Trendumkehr beim Klimawandel, von der gerade die Landwirtschaft in besonderem Ausmaß profitiert.

ts

Milchkrise 2015 wurde als Chance genützt

Wien, 8. Februar 2020

Eine erfolgreiche Bilanz zogen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz die Verantwortlichen von LK Österreich, IG-Milch, Arbeiterkammer, Zuchtverbänden und ARGE Tierwohl.

Zufrieden zeigte man sich einhellig über die erfolgreiche Umsetzung des Milchmanifests. Der Präsident der LK Österreich verwies auf Parallelen zum Weinskandal in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo die österreichische Weinwirtschaft nach ungesetzlichen Manipulationen europaweit den Marktzugang verlor. In dieser ausweglosen Situation wurden die Weichen im Weinbau neu gestellt. Dies führte zu einer beispiellosen Erfolgsgeschichte und weltweitem Ansehen des österreichischen Qualitätsweines. Ähnlich war die Entwicklung in den letzten fünf Jahren in der österreichischen Milchwirtschaft. Die Abschaffung der Milchquote hatte die Milcherzeugerbetriebe 2015 in die tiefste Krise geführt. Die Produktionsausweitung und die Überzüchtung der Milchkühe bedingten einen dramatischen Milchpreisverfall. Als dann auch noch Tierschutzorganisationen die dramatischen gesundheitlichen Folgen der Hochleistungszucht zum medialen Großthema machten, resultierte dies in einem Kaufboykott und damit einem Zusammenbruch des Milchmarktes.

In dieser ausweglosen Situation wurde dann im Jahre 2016 auf breiter Basis eine gemeinsame Zukunftsstrategie für die österreichische Milchwirtschaft erarbeitet. Dem Ökosozialen Forum gelang es, Landwirtschaftskammer, IG-Milch, Arbeiterkammer, Zuchtverbände und die Plattform „Wir haben es satt“ an einen Tisch zu bringen und einen 10-Punkte-Plan für eine nachhaltige, gesellschaftlich akzeptierte, aber auch wirtschaftliche Milchproduktion zu entwickeln. Die wesentlichsten Punkte waren ein gemeinsames Bekenntnis zur kleinstrukturierten österreichischen Landwirtschaft, Abbau von Überkapazitäten, Extensivierung der Produktion, Entbürokratisierung und die Förderung von Arbeitskraft, von Landschaftselementen und regionaler Verarbeitung. Dieser Weg war so erfolgreich, dass wesentliche Elemente davon in der Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU verankert wurden. Praktisch alle EU-Mitgliedsstaaten schickten Delegationen nach Österreich, um das österreichische Erfolgsmodell zu analysieren. Dies machte die Neuausrichtung der GAP bei den sonst wenig reformbereiten VerhandlerInnen möglich. Die praktische und erfolgreiche Umsetzung des 10-Punkte-Plans in Österreich machte sichtbar, dass nicht die Intensivierung und Vergrößerung der Betriebe die Lösung sein könne, sondern der gegenteilige Weg. Die extensive Produktion, die Ausrichtung auf den europäischen Markt (Ernährungssouveränität), die Förderung von Landschaftselementen und Arbeitskräften führte zu einer Belebung des ländlichen Raums. Die Abwanderung konnte nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden. Damit wurden und werden die Städte entlastet und die Regionen belebt. Der Stellenwert der eigenen Lebensmittelproduktion, die größere Nähe zu den Erzeugerbetrieben und die faire Bezahlung von Arbeit und Produkt haben auch das Lebensmittelhandwerk wiederbelebt. Es ist damit auch gelungen, nicht nur Flüchtlinge aus dem Jahr 2015 in Beschäftigung zu bringen, sondern auch die Flüchtlingsbewegungen zu verringern, da die die reformierte EU-Agrarpolitik die lokalen Märkte im Globalen Süden nicht mehr zerstört und damit Existenzmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung geschaffen wurden.

Abschließend war man sich einig, dass nach der Sozial-Partnerschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Lebensmittel – LandwirtIn-VerbraucherInnen-Partnerschaft 2015 eine der segensreichsten Instrumente für die erfolgreiche Entwicklung in Österreich ist.

ge

Durchbruch bei den WTO-NEW-Verhandlungen

New Delhi, 25. Jänner 2020

Für viele BeobachterInnen überraschend schnell hat die WTO-NEW Konferenz am 25. Jänner 2020 in der indischen Hauptstadt in ihrem Abschlussdokument eine umfassende Neuordnung des Welthandels beschlossen. Nachdem die WTO-Konferenz 2015 in Nairobi und im nächsten Jahr auch die TTIP-Verhandlungen gescheitert waren, wurde 2017 auf Initiative der G20-Staaten die WTO-NEW gegründet, an der nicht nur über 150 Staaten, sondern auch große Organisationen der Zivilgesellschaft maßgeblich vertreten sind, wie beispielsweise „La Via Campesina“, eine Organisation, die die Interessen von KleinbäuerInnen vertritt.

Aus Sicht der Landwirtschaft sind einige Punkte des Abkommens bemerkenswert. Als Grundprinzipien wurden das Recht auf Nahrung und „Ernährungssouveränität“ festgeschrieben. Das bedeutet, dass Menschen in Europa und im Globalen Süden das Recht haben, ihre eigenen lokalen Ernährungssysteme zu definieren und zu kontrollieren. Es ist für die HandelspartnerInnen jetzt möglich, Zölle und Quoten einzuführen, wenn diese dazu dienen, Nahrungsmittelsicherheit und die Grundlagen der bäuerlichen Existenz zu sichern. Die Unterscheidung bei den Subventionen in den WTO-Regeln zwischen schädlichen (Exportstützungen) und unproblematischen (Betriebsförderungen) wird aufgegeben. In Zukunft soll jede Form des Preis- und Umweltdumpings am Weltmarkt unterbunden werden, um die nationale Fähigkeit der Nahrungsmittelselbstversorgung zu schützen.

Für die EU kommt die Verpflichtung, ihre Agrar-Importe auf die Auswirkungen auf bäuerliche Familienbetriebe und die Umwelt hin zu überprüfen. Der Import von Kaffee, Kakao, Sojabohnen, Palmöl und Biotreibstoffen wird nur mehr möglich sein, wenn hohe Umwelt- und Sozialstandards in den Erzeugerländern eingehalten werden.

Investitionen in Agrarflächen außerhalb der EU, oft als Landgrabbing gebrandmarkt, können nur mehr gemacht werden, wenn die Einhaltung der Menschenrechte sichergestellt wird.

Die ersten KommentatorInnen zum Abkommen zeigen sich verwundert, dass die großen Agrarexporteure wie die USA und die EU dem Abkommen zugestimmt haben. In diesen Ländern dürfte jedoch der Druck infolge der Flüchtlingskrise der letzten Jahre so groß geworden sein, dass sie ihre Handelspolitik geändert haben. Für die armen, stark landwirtschaftlich geprägten Länder des Globalen Südens ergeben sich jetzt weit bessere Rahmenbedingungen für die Verbesserung der Lebenssituation ihrer BewohnerInnen. Womit ein entscheidender erster Schritt zur Beseitigung von Fluchtursachen gemacht wurde.

bw

Siegeszug der „Partizipativen Garantiesysteme“ (PGS)

Mit der rechtlichen Gleichstellung von Partizipativen Garantiesystemen mit der bis 2017 in Europa einzig anerkannten Form der Zertifizierung durch unabhängige Dritte (z.B. durch Bio-Kontrollstellen), wurde ein wahrer Boom ausgelöst.

Durch das sogenannte „Interne Kontrollsystem“ der PGS wurde eine kostengünstigere und mit weniger bürokratischen Hürden behaftete Alternative zur herkömmlichen Zertifizierung geschaffen. Bei dieser überprüft die Kontrollbehörde nur die Rechtmäßigkeit eines internen Kontrollsystems einer Gruppe von BäuerInnen und nicht mehr jeden Hof einzeln.

Die steirische Kleinbäuerin Rosalinda Stögmüller beispielsweise ist Mitglied in einem PGS. Sie baut unweit von Graz Gemüse für den Eigenbedarf an und zieht in einem kleinen Gewächshaus in erster Linie Tomaten für den lokalen Verkauf. Einmal jährlich wird sie von einer 4-6-köpfigen Gruppe, bestehend aus anderen ProduzentInnen, KonsumentInnen und MitarbeiterInnen der Zertifizierungsorganisation besucht. Bei diesem Besuch wird eine Überprüfung ihrer Produktionsmethoden durchgeführt. Dabei geht es jedoch nicht um eine strenge Kontrolle zur Aufdeckung von Fehlverhalten, sondern um Diskussion über Probleme, Wissensaustausch und das gemeinsame Finden von Lösungen.

PGS basieren auf der aktiven Teilnahme ihrer Mitglieder. Diese beschränkt sich jedoch nicht nur auf den „Kontrollvorgang“ und den laufenden Betrieb, sondern ist bereits bei der Gründung eines PGS von entscheidender Bedeutung. Die Gründungsmitglieder entscheiden gemeinsam über die zugrundeliegenden Regeln und Formalitäten, die den jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen angepasst bzw. diesen entsprechend entwickelt werden.

Seit der rechtlichen Gleichstellung der PGS 2016 können deren Mitglieder ihre Produkte als Bioprodukte vermarkten. Seitdem ist die Anzahl der PGS rasant gestiegen.

si

Regionalisierung der Supermärkte abgeschlossen

Schon fast vergessen sind die Zeiten, als große Handelsketten von Konzernzentralen gesteuert wurden und mit einem Sortiment aus hauptsächlich überregional gehandelten Produkten lockten. Mit dem Aktionsplan zur Regionalisierung des Lebensmitteleinzelhandels, der 2017 verabschiedet wurde, hatte man ein Bündel an Auflagen geschnürt, das das Geschäftsmodell der großen Handelsketten unprofitabel werden ließ. Die Maßnahmen reichten von der Verpflichtung zur Zahlung adäquater Preise über das Verbot, billige Produkte aus großer Entfernung anstatt regional verfügbare anzubieten bis hin zur Auflage, die Angestellten angemessen zu entlohnen. Zwei der drei großen österreichischen Einzelhandelsketten reagierten bereits 2018 mit einem Übernahmeangebot an regionale Genossenschaften, die von BäuerInnen, den Angestellten der Supermärkte, Gewerkschaften, lokalen Gebietskörperschaften und KonsumentInnen gegründet worden waren. Anfang 2019 warf auch die verbliebene Supermarktkette das Handtuch, da sie unter erheblichen Umsatzeinbußen litt und den höheren Aufwand nicht mehr stemmen konnte. Die regionalen Genossenschaften übernahmen auch die Filialen des letzten „Dinosauriers“ und erhöhten als erste Geschäftstätigkeit die Einkaufspreise von Grundnahrungsmitteln sowie die Löhne der Angestellten. Die Mehrausgaben wurden durch den Wegfall von Entsorgungskosten, die Solidaritätsabgaben der KonsumentInnen und die Ersparnis aufgrund der Verpackungsvermeidungsrichtlinie mehr als wettgemacht. Trotz des regen Zulaufs an Mitgliedern beharren die regionalen Genossenschaften auf ihren partizipativen und basisdemokratischen Entscheidungsfindungsmechanismen.

si

Die neue Gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik der EU – ein Richtungswechsel

Mit der Agrarwende 2016 hat sich die österreichische Agrarpolitik verpflichtet, sich für eine Kehrtwende der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU einzusetzen. Ambitionierte MitarbeiterInnen des Ministeriums hatten daraufhin einen breiten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der österreichischen Positionen für die neue GAP lanciert. Das Ergebnis war das „Österreichische Leitbild für eine neue Agrar- und Lebensmittelpolitik der EU“, das 2018 verabschiedet wurde. In harten Verhandlungen auf EU-Ebene wurden die in diesem Leitbild erarbeiteten Grundprinzipien der neuen GAP durchgesetzt.

Die Produktion gesunder und qualitativ hochwertiger Nahrung in Europa garantieren

Die Gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik Europas muss dem Anbau von Lebens- und Futtermitteln in und für Europa den Vorzug geben. Sie versucht, den internationalen Agrarhandel auf der Basis der Prinzipien von Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit umzugestalten. Die GAP darf dabei die Lebensmittel- und Agrarsysteme anderer Länder nicht schädigen oder zerstören. Ihr vorrangiges Ziel ist die Erhaltung und Entwicklung von landwirtschaftlicher Produktion durch eine Vielzahl von Bauern und Bäuerinnen in ganz Europa. Sie unterstützt ausschließlich nachhaltige und sozial verträgliche Produktionsweisen und nur solche Betriebe, die hochwertige Lebensmittel erzeugen, Arbeitsplätze bereitstellen und ressourcenschonend wirtschaften. Dies erfordert ausreichende und stabile Preise für landwirtschaftliche Produkte, die Bauern und Bäuerinnen und LandarbeiterInnen ein gerechtes Einkommen bzw. einen gerechten Lohn ermöglichen, bei gleichzeitig leistbaren Preisen für KonsumentInnen.

Zugang zu Nahrung für alle Menschen Europas gewährleisten

Der Zugang zu Nahrung ist die zentrale globale, aber auch europäische Herausforderung der nächsten Dekaden. Zurzeit haben auch in Europa etwa 40 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Die Gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik versteht Nahrung als ein universales Menschenrecht und Lebensmittel nicht lediglich als eine Ware. Sie stellt Transparenz entlang der gesamten Nahrungsmittelkette sicher, sodass BürgerInnen darüber Bescheid wissen, wie ihre Nahrungsmittel produziert wurden, woher sie kommen, woraus sie bestehen und was im Endverbraucherpreis enthalten ist. Sie reduziert die Machtkonzentration und den Einfluss der Lebensmittel verarbeitenden Industrie sowie des Einzelhandels und fördert ein Lebensmittelsystem, in dem die Distanzen zwischen den ProduzentInnen und KonsumentInnen verringert werden.

Beschäftigung sichern und ausbauen

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ist es unverantwortbar, das Verschwinden von landwirtschaftlichen Betrieben weiterhin zu tolerieren. Die neue GAP unterstützt nicht nur die bestehenden Betriebe, sondern fördert die Gründung neuer Betriebe sowie den fairen und gleichen Zugang zu Land, insbesondere für junge Menschen. Damit erkennt sie den ökonomischen und sozialen Wert der Landwirtschaft in Europa an und leistet einen Beitrag zur Stärkung und Entwicklung des ländlichen Raumes.

Biodiversität erhalten und die globale Erwärmung verringern

Die GAP respektiert die lokale und globale Umwelt, schützt die endlichen Boden- und Wasserressourcen, erhält und verbessert die Biodiversität und die Kulturlandschaften und respektiert die Tierwohlfahrt. Sie stoppt die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion sowie aller landwirtschaftlichen Praktiken, die den Klimawandel verursachen und die Biodiversität gefährden. Sie muss garantieren, dass Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion frei von Gentechnik bleiben und die Kontrolle von Bauern und Bäuerinnen über Saatgut und die Diversität lokaler Vielfalt stärken.

Die konkreten Maßnahmen der neuen GAP in der Periode 2021 – 2027 orientieren sich zum überwiegenden Teil an diesen Prinzipien. Sie reichen von der Regulierung des Angebots und der landwirtschaftlichen Märkte über das Verbot von GVOs bis hin zur Bindung aller Zahlungen an Leistungen im Umwelt-, Natur- und Tierschutzbereich und an die Arbeitskraft.

si

Trendwende in der Entwicklungspolitik. Vor allem kleinbäuerliche Betriebe werden gefördert.

Die Strategie für die österreichische Entwicklungspolitik für die Jahre 2019 bis 2024 hat eine Trendwende eingeläutet. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass Österreich heuer erstmals die lange versprochenen 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungspolitik ausgibt, von denen ein beträchtlicher Teil in den ärmsten Ländern eingesetzt wird. So können für viele Menschen weltweit bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Jegliche Maßnahmen der österreichischen Entwicklungspolitik verfolgen den Menschenrechtsansatz. Denn Armut wird als Ursache und Folge von Verletzungen international anerkannter Menschenrechte wie etwa des Rechts auf Nahrung oder Bildung verstanden. So werden besonders benachteiligte Menschen in ihrem Wissen über ihre Rechte gestärkt. Sie werden darin gefördert, sich zu organisieren und politisch ihre Anliegen einzufordern. Gleichzeitig werden Regierungen – die dafür verantwortlich sind, Menschenrechte zu achten, zu schützen und alles Mögliche zu tun, um nicht umgesetzte Menschenrechte zu verwirklichen – darin unterstützt, ihre Pflichten besser umzusetzen. Die Rechte von Frauen und Geschlechtergerechtigkeit nehmen in allen Projekten einen zentralen Stellenwert ein – denn Frauen sind weiterhin von Armut besonders betroffen.

Durch seine Vorreiterrolle bei der Anwendung des Menschenrechtsansatzes gelang es Österreich auch auf multilateraler Ebene, etwa in der EU und der Weltbank, die Ausrichtung von Maßnahmen und politische Entscheidungen nach menschenrechtlichen Kriterien voranzutreiben.

Besonders die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ist den AkteurInnen der österreichischen Entwicklungspolitik ein Anliegen. Da ein großer Teil der Menschen, die unter Hunger und Mangelernährung leiden, in ländlichen Regionen lebt und selbst Nahrungsmittel produziert, hat Österreich den Schwerpunkt Ernährungssicherung stark ausgebaut. Mindestens 10 % der bilateralen österreichischen EZA-Mittel gehen in diesen Bereich. In den Programmen werden vor allem die kleinbäuerliche Bevölkerung sowie kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft unterstützt und die nachhaltige Nahrungsmittelversorgung der lokalen Bevölkerung gefördert. Für industrielle Landwirtschaft werden keine Förderungen zur Verfügung gestellt. Unterstützt wird auch die politische Arbeit von Organisationen, die sich für einen verbesserten Zugang der ländlichen Bevölkerung zu Land und freiem Saatgut, für Landreformen oder menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft einsetzen. Durch die Förderlinie „Wirtschaftspartnerschaften“ werden insbesondere Genossenschaften von KleinbäuerInnen unterstützt und der Zugang der BäuerInnen zu lokalen und regionalen Märkten gefördert. Mit dieser gezielten Schwerpunktsetzung ist Österreich ein international anerkannter Partner zur Erreichung des Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziels SDG 2 zur Beendigung des Hungers.

Paradigmenwechsel: Menschenrechte haben Vorrang

Die Regierung räumt den Menschenrechten bei der Gestaltung von Politik künftig oberste Priorität ein. Die österreichische und europäische Handels-, Agrar- und Klimapolitik haben massiven Einfluss auf die Lebensbedingungen von Menschen weltweit. 2013 äußerte sich der Sozialausschuss der Vereinten Nationen in Genf noch besorgt, dass die Landwirtschafts- und Handelspolitik Österreichs das Menschenrecht auf Nahrung in Drittstaaten untergräbt. Nun ist Österreich der Empfehlung des Ausschusses endlich nachgekommen und hat sich dazu verpflichtet für seine Landwirtschafts- und Handelspolitik, aber auch andere Politikbereiche den Menschenrechtsansatz zu wählen. Dazu wird Österreich ab 2020 systematische und unabhängige Menschenrechtsverträglichkeitsstudien ausarbeiten lassen, bevor Entscheidungen über Finanzierungen, Agrarpolitik oder Handelsabkommen getroffen werden. Die Regierung hat dazu eigens ein interministerielles Gremium eingerichtet, das unter Beteiligung von Parlament und Zivilgesellschaft alle politischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Klima prüft und in vielen Fällen Anpassungen vornehmen wird. Auf europäischer Ebene fordern österreichische PolitikerInnen ebenfalls kohärente Politiken ein und haben somit die Neuorientierung der EU-Agrartreibstoffpolitik entscheidend mitgestaltet. Auf UN-Ebene war Österreich ausschlaggebend für die erfolgreiche Annahme des ersten menschenrechtlich verbindlichen Vertrags für transnationale Konzerne. 2020 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft getreten – Österreich unterstützt finanziell die dringend notwendigen Anpassungsmaßnahmen in den vom Klimawandel am meisten betroffenen Ländern.

vs

UN-Recht statt Unrecht

Neuer Beschwerdemechanismus ist in Kraft

Der UN-Sozialpakt enthält grundlegende Menschenrechte, wie das Recht frei zu sein von Hunger oder das Recht auf Wohnen, soziale Sicherung, Gesundheit oder Bildung. Die Ratifizierung des Pakts allein reichte in Österreich aber nicht aus, damit die Regierung alle im Pakt enthaltenen Rechte verwirklichte. Die Rechte müssen auch über Gerichtsverfahren und politische Proteste erkämpft werden. Bereits seit zehn Jahren gibt es zum UN-Sozialpakt ein Individualbeschwerdeverfahren. Mit einer Individualbeschwerde erhalten Opfer von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, ihren Fall vor einem internationalen Gremium prüfen zu lassen, wenn sie auf der nationalen Ebene kein Recht erhalten haben. Dazu muss das genannte Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt vom entsprechenden Staat ratifiziert werden. Österreich hatte sich lange Jahre geweigert, den Menschen in Österreich die Möglichkeit zu geben, ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte gegenüber dem Staat auch auf internationaler Ebene einzufordern. Mit dem 10. Dezember 2019, dem internationalen Tag der Menschenrechte, hat sich die Bundesregierung ein passendes Datum zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Individualbeschwerdeverfahren des UN-Sozialpaktes ausgesucht. Die ersten beiden Beschwerden, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard betreffend, stehen nun kurz vor der Einreichung in Genf: Eine Gruppe junger zukünftiger Bäuerinnen, die alternative Nutzungsregelungen für Land einfordert, bereitet aktuell eine Beschwerde vor.

rb

Ende der Saison trägt faire Früchte

Der Anfang einer neuen fairen Ära in der europäischen Landwirtschaft kommt nicht nur der ökologischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft zugute. Sowohl das Ende der einseitigen Subventionierung nach Fläche und die Einführung einer europainternen Fairtrade-Zertifizierung, als auch und vor allem die Abschaffung des Kontingents für ausländische Saisoniers, bringen das Ende der Ausbeutung billiger ausländischer „Arbeitskräfte“ mit sich. Die BauernPost bat eine Landwirtin aus Rumänien, die ein Jahrzehnt lang als Erntehelferin in Österreich gearbeitet hat, zu berichten, welche Auswirkungen dies auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen hat.

ms

Als vor einem Jahr die neuen Regelungen eingeführt wurden, war ich bereits seit einem Jahrzehnt als Erntehelferin bei einem Tiroler Großbauern saisonbedingt tätig. Dass er der neuen Gesetzlage zufolge faire Löhne bezahlen muss und nicht mehr auf billige Saisoniers aus dem Ausland zurückgreifen kann, dass Subventionen für ihn nicht mehr vom Himmel fallen, dass aber gleichzeitig Supermärkte die Preise nicht drücken dürfen, das alles schien den industriellen Landwirt zu verwirren. Er fragte mich beinahe bettelnd, ob ich bitte dort weiter arbeiten würde, dafür bot er mir eine ganzjährige Anstellung und eine Lohnerhöhung von 100 % an – ob er dies machen musste oder wollte, das war mir nicht so klar.

Ich nahm sein Angebot nicht an. Ich muss gestehen, ich bin ja nach Österreich nur deshalb arbeiten gekommen, weil ich in Rumänien keine Perspektiven hatte. Jahrelang erntete ich sechs Monate im Jahr, so lange ich eine Arbeitsgenehmigung als Saisonier erhielt, ununterbrochen mal Zwiebeln, mal Radieschen, mal Salat. Genauso schnell und unterbezahlt wie meine Mutter vor mir. Während ich für einen Hungerlohn in Österreich schuftete, damit meine Kinder in Rumänien nicht hungerten, kauften internationale industrialisierte landwirtschaftliche Konzerne stückweise Großflächen in meinem Heimatland. Das ist jetzt vorbei! Ich fahre nicht mehr nach Österreich arbeiten, ich bekam ein Stück Land in Rumänien, hier wird nun Land als öffentliches Gut betrachtet und dementsprechend (auch) an (potentielle) KleinbäuerInnen für symbolische Geldsummen vergeben. Ich ernte zwar weiter, nun aber meine eigenen Produkte – meine Zwiebeln, meine Radieschen, meinen Salat.

Ich sehe meine Kinder wachsen, im Gegensatz zu meiner Mutter, die sechs Monate im Jahr auf mich verzichten musste, um mich zu ernähren. Ich säe mein eigenes Gemüse und verkaufe es am Markt oder an Gemüsegeschäfte. Dabei bin ich konkurrenzfähig gegenüber ausländischen Produzenten, da deren Produkte viel teurer sind als meine.

Wie derzeit die Situation in Österreich ist, weiß ich nicht genau, das ist ja letztlich nicht mehr mein Gemüse. Nun habe ich die Wahl, nach Österreich zu kommen, aber nicht mehr den Zwang.

Gastkommentar von Alexandra Dagla aus Sibiu, Rumänien, 30 Jahre alt. Übersetzung: Sónia Melo

Eine Viertelmillion! Zahl der Höfe wächst weiter

Dieser wunderschöne Hof Nähe Seefeld hat wider Erwarten letztes Jahr über die Hofbörse neue BetreiberInnen gefunden.

Eine erfreuliche Meldung veröffentlichte kürzlich die Statistik Austria: Die Anzahl der Bauernhöfe in Österreich ist weiter steigend. In Österreich werden derzeit etwas über 250.000 Bauernhöfe bewirtschaftet, und jedes Jahr werden es mehr. Ein bereits mehrjähriger Trend, eingeläutet von der Agrarwende des Jahres 2016, wird damit fortgesetzt. Vergessen sind die Zeiten, als jahrzehntelang täglich viele Höfe geschlossen wurden, weil sich keine ÜbernehmerInnen fanden; als motivierte NeueinsteigerInnen mit unüberwindbaren Hürden konfrontiert waren; als ÜbergeberInnen von der Dorfgemeinschaft geächtet wurden, wenn sie ihre Höfe durch eine Übergabe an familienfremde BewirtschafterInnen zu erhalten versuchten.

Ein Bündel an Maßnahmen zeichnet für diesen wundersamen Wandel verantwortlich: Eine staatlich finanzierte Hofbörse wurde für die Vermittlung von ÜbergeberInnen an potentielle ÜbernehmerInnen installiert, die nicht nur die Vermittlung übernimmt, sondern auch wertvolle Öffentlichkeitsarbeit zum Thema leistet. Die neu gegründete Land-Genossenschaft übernimmt Legate in Form von land- und forstwirtschaftlichem Boden und Höfen und verpachtet sie an BewirtschafterInnen für die Dauer von 15 Jahren mit Option auf Verlängerung. Das landwirtschaftliche Beratungssystem hat eigene Abteilungen für die Begleitung des Übernahme/Übergabeprozesses eingerichtet und die MitarbeiterInnen entsprechend geschult. Eigene Ausbildungszweige in den land- und forstwirtschaftlichen Schulen sind speziell auf die Bedürfnisse von NeueinsteigerInnen ausgerichtet. Zusätzlich ermöglichen zahlreiche von der Land-Genossenschaft eingerichtete Testhöfe Neo-Bauern und Neo-Bäuerinnen für 2 Jahre ihre Fähigkeiten in der Unternehmensführung zu überprüfen. Die Sozialversicherungsbeiträge sind für alle ÜbernehmerInnen in den ersten 3 Jahren der Bewirtschaftung halbiert. Umsätze aus der biologischen Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung ab Hof sind analog der KleinunternehmerInnenregelung der gewerblichen Wirtschaft bis zur 50.000 Euro pro Jahr beitragsfrei. Die wachsende Zahl an Höfen hat trotz dieser Unterstützungsmaßnahmen die Bilanz der Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen massiv verbessert.

Aber auch die Änderung des agrarpolitischen Leitbilds in Richtung einer ökologisch und sozial gerechten Landwirtschaft hat den Wachstumsprozess stark angefacht. Finanzielle Unterstützung gibt es ausschließlich für Betriebe, die diesem Leitbild folgen. Massive Auswirkungen hatte auch das gesetzliche Verbot der Ausschüttung von Gewinnen aus dem Lebensmittelhandel an AktionärInnen. Damit können auch innerhalb von größeren Vertriebsstrukturen gerechte Preise für die ProduzentInnen erzielt werden, während sich die Preise für die Konsumierenden nur unbedeutend erhöhten und die Handelsangestellten sich über eine beträchtliche Lohnerhöhung freuen konnten.

All diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass im letzten Jahr alle Höfe NachfolgerInnen fanden und zahlreiche Großbetriebe wieder auf mehrere BewirtschafterInnen aufgeteilt werden konnten. Auch personalintensive Bewirtschaftungsformen sind wieder möglich. Der primäre Sektor ist damit erneut zu einem wichtigen Arbeitgeber geworden. Zusammen mit der Lebensmittelwirtschaft (Verarbeitung, Verteilung) sorgt er für ca. 40 % aller Arbeitsplätze im Land. Die gestiegene Wertschätzung der Lebensmittelerzeugung führt auch dazu, dass der Strom an NeueinsteigerInnen nicht abreißt und die familieneigenen HoferbInnen wieder Sinn und Zukunft in der Landwirtschaft sehen.

Gleichzeitig hat die Umsetzung des zivilgesellschaftlichen Maßnahmenplans des schon 1978 von Österreich ratifizierten Menschenrechts auf Nahrung dazu geführt, dass alle Menschen, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Zugang zu ausreichendem, gutem und gesundem Essen haben. Nur ältere Semester können sich noch an Zeiten erinnern, in denen Tafeln und Sozialmärkte Lebensmittel von oft minderer Qualität an „Bedürftige“ verschenkten.

Österreich hat mit der Agrarwende des Jahres 2016 auch andere Nationen inspiriert. Viele europäische Länder, aber auch Staaten in Afrika, Asien und Amerika sind dem österreichischen Vorbild gefolgt, haben ihre Agrar- und Ernährungspolitik demokratisiert und damit die Lebensbedingungen von Millionen Menschen verbessert. Somit ist die Viertelmillion Bauernhöfe in Österreich zu einer weltweiten Erfolgsstory geworden!

nel

Zukunft durch Vielfalt

Weltweit leiden zwei Milliarden Menschen an Mangelernährung. Die Stärkung von Artenvielfalt und kleinbäuerliche Strukturen helfen gegen den Stillen Hunger. Ihre Spende hilft!

IBAN: AT67 2011 1287 1196 6366
BIC: GIBAATWWXXX
Kennwort: Satt ist nicht genug!
www.brot-fuer-die-welt.at
/BrotFuerDieWeltAt

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Mitglied der actalliance

Brot für die Welt

LESERBRIEF

Liebe Alle bei der Bauernpost,

ich kann‘s noch immer nicht glauben – wer hätte gedacht, dass das so schnell geht mit der Agrarwende! Der Druck ist weg, und ich fühle mich so frei wie schon lange nicht mehr oder überhaupt noch nie und kann wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

Und ich wär‘ auch nie auf die Idee gekommen, dass sich das so schnell auf unser Familienleben auswirkt. Mein Mann ist wie ausgewechselt, kehrt nicht mehr den Hausherrn heraus, der alles bestimmt und alles besser weiß. Vermutlich war er einfach verzweifelt und hat sich an den traditionellen Bräuchen und Verhaltensweisen angehalten, weil er’s nicht besser gewusst hat. Ich hab ja auch eine Weile gebraucht, bis mir klar geworden ist, was da läuft und das System durchschaut habe. Wenn man/frau bedenkt, wie wir aufgewachsen sind!!! Und mit dieser Rolle als Untergebene meines Mannes hab ich mich eh nie abgefunden, aber das war sehr anstrengend und ein ständiger Kampf.

Nun habe ich das Gefühl, ich kann wirklich meinen Beitrag leisten, wirklich kreativ sein und das wird auch anerkannt. Wir planen nun gemeinsam, was wir anbauen und vor allem auch, wie wir das Geld einteilen. Wir brauchen keine neuen Maschinen, und unsere Flächen müssen wir auch nicht ausweiten! Und die neue EU-Biodiversitätsförderung schauen wir uns auch genauer an. Die klingt ja vielversprechend, wie ich von meinen Nachbarinnen gehört habe. Überhaupt verstehen wir uns jetzt auch im Dorf viel besser. Ein paar Leute sind noch etwas verwirrt und fühlen sich überrumpelt, aber das wird schon werden.

Auch die Kinder dürfen mitreden und nicht nur mithelfen. Das finde ich besonders wichtig; sie sollen sich ja schließlich mit dem Landleben identifizieren. Vielleicht sehen sie dann nicht nur die harte Arbeit, sondern auch die Gestaltungsmöglichkeiten und die Bedeutung, die unser Beruf für die Menschen in unserem Land und überhaupt hat.

Ich denke, dass viele mitgeholfen haben, diesen Wandel herbeizuführen und ich fühle mich allen sehr verbunden. Mir ist auch klar, dass viel Anstrengung notwendig ist, um diese positive Entwicklung zu erhalten und auszubauen – ich bin auf alle Fälle mit dabei!

Eure Lisa aus St. Andrä an der Polka

P.S.: Ein Schuldenschnitt wäre noch gut, aber die Landwirtschaftskammer verhandelt ja eh schon mit unser aller allmächtigen Genossenschaftsbank.